

Das Arbeitsschutzsystem der DDR – ein kritischer Erfahrungsbericht

Peter Krommes

Im Frühsommer 1990 erhielt ich den Auftrag, in den neuen Bundesländern eine Arbeitsschutzorganisation zur Beaufsichtigung der chemischen Industrie aufzubauen.

Bereits vorher hatte ich als Betriebsleiter eines westdeutschen Chemiebetriebs mehrere Jahre Kontakte zu ostdeutschen Chemiebetrieben, die von uns ganz zugewandte spezielle Säuren zur Herstellung von NPK-Düngern kauften. Alle Verhandlungen fanden damals in Ost-Berlin statt, die Produktionsstätten unserer Kunden bekamen wir nie zu sehen. Die Kontakte mit unseren DDR-Kunden verliefen unproblematisch, aber Versuche, vor Ort, in den Betrieben des Düngemittelwerk Rüdersdorf Gespräche zu führen, wurden rigoros unterbunden. Wie es in den ostdeutschen Chemiebetrieben in der Realität aussah, blieb uns deshalb damals völlig verborgen.¹

In der neuen Funktion war ich von 1990 bis 1994 in Ostdeutschland tätig und konnte mir dabei einen dezidierten Eindruck über den „real existierenden Arbeitsschutz“ in der DDR verschaffen. Ich denke, es ist dringend geboten, die damals von mir beobachteten Fakten in Erinnerung zu rufen, damit nicht Nostalgiker im Nachhinein dieses in Wirklichkeit menschenverachtende System in der DDR heute glorifizieren!

Wir, die Berufsgenossenschaft Chemie, hatten im Frühsommer 1990 Informationen erhalten, dass ca. 350 000 Beschäftigte in der chemischen Industrie der DDR tätig waren. Vertreter der Modrow-Regierung hatten zu dieser Zeit das Volksvermögen der DDR auf ca. 1 000 Milliarden DM veranschlagt. Mit dieser Mitgift, in einem Staat, der sich immer wieder als zwölftstärkste Wirtschaftsmacht der Welt dargestellt hatte, erschien die DDR als durchaus gut ausgestatteter Partner für die deutsch-deutsche Eheschließung. Dass diese Einschätzung wohl ziemlich an den Realitäten vorbeiging, wurde mir bei meinen ersten Aufenthalten in Ostdeutschland sehr schnell bewusst.

Meine Aufgabe bestand zunächst darin, neue Mitarbeiter einzuarbeiten und mich mit ihnen um die Arbeitsschutzbelange in den Betrieben der chemischen Industrie Ostdeutschlands zu kümmern. Ich hatte mir noch in Westdeutschland das Arbeitsgesetzbuch der DDR und eine Sammlung von Arbeitsschutzvorschriften besorgt und war von dem außerordentlich hohen Niveau sehr angetan. Danach hätte eine weitgehende Übernahme von westdeutschen Vorschriften, wie im Überleitungsvertrag vorgesehen, keine Probleme mit sich bringen dürfen.

Meine ersten Betriebsbesichtigungen im Herbst 1990 lösten bei mir blankes Entsetzen aus. Anspruch und Wirklichkeit klappten in unglaublicher Weise auseinander. Das in der Theorie hervorragende System zum Schutz der Beschäftigten war in der Praxis, auch durch Ausnahmegenehmigungen, fast völlig zum Erliegen gekommen. Solche völlig verwahrlosten, maroden Chemieanlagen hatte ich bisher noch nie gesehen!

¹ Anmerkung: Diese Tatsache betone ich deshalb, weil am 23. Februar 2021 in einer Sendung des ZDF westdeutschen Betrieben, die mit der DDR Handel betrieben hatten, massive Vorwürfe gemacht wurden, sie seien an den verbrecherischen Arbeitsbedingungen in den ostdeutschen Betrieben mitschuldig.

Wie die chemische Industrie der DDR zu Wendezeiten wirklich aussah, kann man einem Bericht von kritischen Führungskräften der Leunawerke (nicht von „bösmeinenden“ Treuhandmanagern) entnehmen, der im Frühjahr 1990 erstellt wurde und unten auszugsweise abgedruckt ist. (Der gesamte Bericht mit 40 Seiten liegt dem Autor vor und kann auf Wunsch eingesehen werden.) Dabei muss berücksichtigt werden, dass die „VEB Leuna-Werke Walter Ulbricht“ ein offizieller DDR-Musterbetrieb waren.

„Die Infrastruktur dieses Industriebetriebes ist völlig marode. Die Energieversorgung hat schlechte Wirkungsgrade, ist unzuverlässig und von Grund auf erneuerungsbedürftig. Das Produktionsprofil ist veraltet. Es gibt kein Produktionskonzept, die Grundmittelsubstanz ist verschlissen, die Reparaturbereiche sind nicht leistungsfähig und überlastet. Die notwendigsten Reparaturen werden nicht durchgeführt. Die Arbeitszeitauslastung durch die Menschen ist schlecht. Die Investitionsfähigkeit ist fast völlig zusammengebrochen. Investitionen, die noch gemacht werden, sind zu teuer, das Produktionspersonal ist überaltert, hat keine hohe Disziplin. Die Qualifikation des Produktionspersonals einschließlich der Schichtleiter sinkt ständig. Die Führungskräfte sind demotiviert und werden durch die sog. sozialistischen Leitungsaufgaben von fachlicher Arbeit ferngehalten, so dass das Produktionsniveau seit Jahren stagniert. Innovationsanstöße sind Mangelware. Inner- wie außerbetriebliche Transportfragen sind große Störfaktoren für die Produktion. Moderne Informationstechnik existiert kaum in Ansätzen. PC und Roboter sind Farcen für die politische Statistik. Der Anteil der nicht nützlichen Tätigkeiten unter den Beschäftigten beträgt mehr als 25 %. Das Werk hat keine internationalen Vertriebs- und Tochtergesellschaften, das Management hat keine hohe Qualifikation, ist international unerfahren und unfähig, in globalen Dimensionen zu denken. Alles Bedingungen, die einen Chemiebetrieb der DDR mit mindestens dem doppelten volkswirtschaftlichen Kostenaufwand arbeiten lassen gegenüber einem westlichen Chemiekonzern. Hinzukommt, dass mindestens 8 – 10 Milliarden DM zur Sanierung und Modernisierung des Chemiekombinates benötigt werden. Verglichen mit anderen Betrieben der DDR-Volkswirtschaft muss aber noch eingeschätzt werden, dass dieses Werk noch zu den leistungsfähigsten Kombinatn gehört, es in den anderen Werken der DDR noch viel schlimmer aussieht.“

Insbesondere da, wo allein die Gesundheit der Mitarbeiter und nicht die Anlagensicherheit betroffen war, wurde mit frühkapitalistischer Rücksichtslosigkeit vorgegangen. Im November 1990 wurde uns ein Bücherschrank voller Akten zugespielt, die ca. 100 Ausnahmegenehmigungen des zuständigen Ministeriums der DDR für die chemische Industrie enthielten. Ich darf vier Beispiele vorstellen:

Zinkchromat

In diesem Betrieb der VEB Farbenfabrik in Coswig, der bereits im Frühjahr 1991 aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen wurde, hatten ca. 120 Mitarbeiter unter unvorstellbaren Bedingungen gearbeitet. Bis zu den Knöcheln stand man in dem hochtoxischen und krebserzeugenden gelben Zinkchromat. Messungen, die ordentlich in den Akten dokumentiert waren, belegten, dass die zulässigen Grenzwerte, die auch in der DDR existierten, um mehr als das 30 000-fache (!) überschritten waren.

Das ausgefällte Zinkchromat wurde dabei auf offenen Blechen in große Trockenöfen geschoben und nach dem Trocknen per Hand in Fässer gefüllt. Dadurch war der gesamte Produktionsbereich mit einer Staubschicht aus Zinkchromat bedeckt, selbst die Wände waren komplett gelb gefärbt!

Über ca. fünfzehn Jahre war in streng vertraulichen Akten sauber festgehalten, wie schlimm die Arbeitsbedingungen waren. Die Mitarbeiter wurden gezielt im Unklaren gelassen, Maßnahmen zum Arbeitsschutz, die auch nach DDR-Recht dringend erforderlich gewesen wären, unterblieben.



Während der Sanierungsarbeiten in Coswig im Sommer 1991, diesmal mit Persönlicher Schutzausrüstung (PSA)

Bischlormethylether

Dieser Stoff gilt als „das Plutonium der Chemie“. Es ist bekannt, dass schon kurzzeitiger Kontakt mit Bischlormethylether, der auch reizend auf die Atemwege wirkt, das Krebsrisiko dramatisch ansteigen lässt. Über den Arbeitsbereich in diesem Betrieb des VEB Chemiekombinat Bitterfeld gibt es folgenden Originalbericht eines Werksarztes:

„Mit dem Anlaufen der Produktion traten häufiger als es im Hinblick auf die technische Neuanlage zu erwarten war, Reizerscheinungen bei den Belegschaftsmitgliedern auf, in Form von plötzlich einsetzenden erstickenden Hustenanfällen, über Minuten dauernd, heftiges Oppressionsgefühl auf der Brust, stärkste Erschütterungen des gesamten Brustkorbes, teilweise auch Erbrechen, deutlich verlängertes Expirium, rötlich-bläuliche

Verfärbung von Gesicht und Hals mit Stauung der Halsvenen. Wenn der Betriebsarzt in den Betrieb gerufen wurde, fand er oft den Kollegen bereits im Freien, den Oberkörper nach vorn gebeugt, beide Unterarme gegen den Rippenbogenrand gepresst oder, erschöpft vorn quälenden Hustenreiz, mit dem Oberkörper gegen die Wand gelehnt.“

Bischlormethylether wurde in großtechnischem Maßstab im Wesentlichen als Zwischenprodukt zur Herstellung von Ionenaustauschern produziert, welche zum Beispiel zum Entkalken von Wasser oder generell zum Entfernen bestimmter Ionen aus Wasser verwendet wurden.

Trotz dieser katastrophalen Arbeitsbedingungen beim Umgang mit einer der gefährlichsten Chemikalien überhaupt, wurde wenig unternommen, der Arbeitsprozess mit einer „Ausnamegenehmigung“ sanktioniert, die Mitarbeiter wurden über die extreme Gesundheitsgefahr im Unklaren gelassen. Es gab im Übrigen trotz der langen und hohen Belastung durch einen extrem krebserzeugenden Stoff in diesem Bereich keine einzige anerkannte Berufskrankheit. Nach 1990 wurde diese Produktion nicht weitergeführt.

Vinylchlorid (VC) in Schkopau

In diesem Buna-Werk, die D 89-Produktionsstätte von PVC, arbeiteten mehrere hundert Mitarbeiter. In den uns vorliegenden Unterlagen wurde dokumentiert, dass die Belastungen noch 1990 das Tausendfache des zulässigen Grenzwertes betragen. Auch VC ist ein stark krebserzeugender Stoff. Keinem Mitarbeiter war das Gesundheitsrisiko am Arbeitsplatz bewusst, etwa weil Arbeitsschutzmaßnahmen unterblieben. Eine Übersicht über die aus undichten Anlagenteilen ausgetretenen Vinylchloridmengen kann man der beigefügten Aufzeichnung entnehmen:

	Gesamtemissi in kg/h
VC-Produktion	190
PVC-E-Produktion	218
PVC-S-Produktion	292

*Vertraulicher Bericht über die VC Verlust
in der PVC-Produktion 1989*

Man erkennt, dass vor dem Ende der DDR in diesem Betrieb ca.700 Kilogramm des hochtoxischen Vinylchlorids pro Stunde (!) emittiert wurden.

Auch hier gab es überraschenderweise zunächst keine Hinweise auf das Entstehen von VC-Berufskrankheiten, die sonst weltweit aufgetreten waren, bis wir feststellten, dass in den arbeitsmedizinischen Unterlagen der Betriebspolyklinik ein Verbot auftauchte, laut dem es bei allen an Lebererkrankungen verstorbenen Mitarbeitern einfach un-

tersagt worden war, eine Leberautopsie vorzunehmen, nur dadurch kann der VC-Krebs nachgewiesen werden. In der Chloralkalielektrolyse wurden, weil die Belastung wohl besonders hoch war, auch Sträflinge aus Bautzen eingesetzt. Als aber nach einem Todesfall der *Spiegel* 1980 einen Bericht über die katastrophalen Arbeitsbedingungen in diesem Betrieb brachte, sollen die Verhältnisse etwas besser geworden sein.

Da VC als Ausgangsprodukt für den Kunststoff PVC in der Anlage D89 dringend benötigt wurde und eine Schließung dieses Betriebes die Existenz des gesamten Chemiewerks in Schkopau gefährdet hätte, wurde auf unsere Veranlassung beim Bundessozialministerium ein dringender Antrag gestellt, die Sanierung dieses Betriebes als Pilotprojekt zum Arbeitsschutz in den neuen Bundesländern zu unterstützen. In der Übergangszeit bis zum Abschluss der Sanierungsarbeiten mussten auf unsere Anordnung in allen Bereichen mit Grenzwertüberschreitungen Atemschutzhauben getragen werden.

Das Projekt wurde vom Bund mit 10 Millionen DM gefördert. Am 7.April 1992 konnte die generalsanierte Anlage, in der inzwischen alle Grenzwerte eingehalten wurden, in

Betrieb genommen werden.² Zur gleichen Zeit wäre es hier fast zu einem der folgenschwersten Chemieunfälle in Deutschland gekommen: Im Rahmen von Sanierungsarbeiten sollten Rohrbrücken instandgesetzt werden. In diesem Zusammenhang wurden nicht mehr benötigte Rohrleitungen demontiert. Durch eine Kommunikationspanne erhielt ein Schweißer irrtümlich den Auftrag, eine unter hohem Druck stehende Chlorgasleitung abzutrennen. Die zunächst kleine, beim Aufschweißen entstandene Leckage verursachte sofort einen Chloreisenbrand, mit der Folge, dass das ganze Rohr zerstört wurde und Chlorgas in großer Menge ausströmte. Mehrere glückliche Umstände, nämlich Regen und starker Wind, der die Chlorgaswolke von bewohnten Bereichen wegblies, verhinderten eine Katastrophe.

Acetaldehydanlage in Schkopau

In dieser Acetaldehydanlage wurde bei der Herstellung von Acetaldehyd aus Acetylen mit Quecksilber als Katalysator gearbeitet. Kurz nach der Wende wurde die Anlage stillgelegt, deren Sanierung zusammen mit den ebenfalls Quecksilber enthaltenden Chloralkalielektrolysen war eins der größten Umweltprobleme in Ostdeutschland. Tausende von Tonnen an Quecksilber mussten aus den Anlagenresten und dem Erdreich

geborgen und entsorgt werden. Unten stehend der Bericht des Ingenieurbüros Dr. Born und Dr. Ermel über das ökologische Großprojekt „Buna in Schkopau“.

BORN | ERMEL | Ingenieure

Industrierückbau für ökologisches Großprojekt Buna Sow Leuna in Schkopau

Kenndaten:

- Selektiver Rückbau von 3 Anlagen zur Chloralkalielektrolyse und einer Anlage zur Acetaldehydproduktion
- Entsorgung und Verwertung von ca. 320.000 t Baurestmassen
- Veranreinigung der Bauteile, Böden und Stauwässer durch den produktions-spezifisch eingesetzten Schadstoff Quecksilber



Leistung:

- Ortliche Bauüberwachung
- Bauschutt- und Bodenmanagement
- Arbeitssicherheitskoordination

Beschreibung:

Auf dem seit 1936 betriebenen Chemiestandort, der seitdem kontinuierlich ausgebaut worden ist, wurde Quecksilber prozessbedingt in großen Mengen (ca. 7.000 t) eingesetzt. Hierbei haben sich dem Werksgelände z. T. erhebliche Hg-Belastungen ergeben. Die Ausrüstungen, die Gebäude und der Boden um die Anlagen sind mit metallischem Quecksilber unterschiedlich hoch belastet. Jährlich werden über den Luftpfad ca. 3.000 kg Quecksilber aus den stillgelegten Anlagen emittiert. Im Weiteren ist Quecksilber über Bodenauswaschungen in das Grundwasser vorgedrungen. Neben Quecksilber sind Kontaminationen durch LHKW, BTXE, PAK und MKW vorhanden.

Im Rahmen der Restrukturierung des Standortes wurden die betroffenen Gebäude rückgebaut, die Ausrüstungen demontiert und der Boden ausgetauscht. Durch den selektiven Rückbau der gesamten technischen Einrichtungen wurden die Bauwerksteile in Abhängigkeit der Belastung zu Haufwerken zusammengefasst, für die entsprechende Verwertung bzw. Entsorgung aufbereitet und in geeignete Gebinde zum Abtransport bereitgestellt.

Bei einer Besichtigung der Anlage Anfang 1991 kurz vor deren Abriss sind wir durch Quecksilberpfützen gelaufen! Ein Bild war besonders beeindruckend: Eine Rohrleitung hatte sich wohl unter dem Gewicht des Quecksilbers durchgebogen, sodass ein Flansch in dieser Leitung undicht geworden war. Aus diesem undichten Flansch tropfte das Quecksilber heraus, das die Bedienungsmannschaft mit einem untergehängten Eimer provisorisch auffing.

Aber bis zum Ende der DDR war der direkte offene Kontakt mit großen Mengen an

² Anmerkung: Als nach dem Ende der DDR bekannt wurde, welche Belastungen gerade von dem Betrieb D89 und der gesamten PVC-Produktion ausgegangen waren, gab es massive Proteste in Halle gegen die gesamte Chlorchemie. Diese Industriesparte und damit das gesamte Werk in Schkopau wurde in der Öffentlichkeit heftig aufgrund fehlender Arbeitsschutz- aber insbesondere wegen fehlender Umweltschutzmaßnahmen angegriffen.

heißem metallischem Quecksilber in der Acetaldehydanlage und in den beiden Chloralkalielektrolysen an der Tagesordnung und wurde durch Ausnahmegenehmigungen gebilligt.

Weitere Ausnahmegenehmigungen bei extremen Belastungen durch Gefahrstoffe gab es unter anderem in folgenden Betrieben:

- Sächsisches Kunstseidenwerk Pirna, Schwefelkohlenstoff und Schwefelwasserstoff
- Kunstseidewerk Elsterberg, Schwefelkohlenstoff und Schwefelwasserstoff
- Sächsische Zellwolle Plauen, Schwefelkohlenstoff und Schwefelwasserstoff
- Spinnstoffwerk Glauchau, Schwefelkohlenstoff und Schwefelwasserstoff
- Chemiewerk Bitterfeld Wolfen, Benzol, Fluor Quecksilber
- Gummiwerk Wittenberg, Benzol
- Bleifarbenwerk Ohrdruff, Bleistaub
- Filmfabrik Wolfen, Schwefelkohlenstoff
- Teerverarbeitungswerk Rositz, Benzo(a)pyren
- Fluatwerk Glauchau, Cadmium
- Buna Werke Schkopau, Butadien
- Chemiewerk Greiz-Dölau, Blei

In allen diesen Fällen gab es staatlich sanktioniert massive, gesundheitsgefährdende Belastungen durch die genannten Gefahrstoffe, die Beschäftigten wurden jeweils gezielt im Unklaren gelassen.

Insgesamt haben wir in diesen Bereichen, in Thüringen, Sachsen und dem südlichen Teil Sachsen-Anhalts über 50 000 Beschäftigte namentlich erfasst, die in besonders hohem Maße kritischen Gefahrstoffen ausgesetzt waren und deshalb nach den nun geltenden Sozialgesetzen ein Anrecht auf eine lebenslange arbeitsmedizinische Betreuung hatten. Neben den Ausnahmegenehmigungen des Ministeriums gab es aber, wie wir später erfahren haben, Tausende von Ausnahmegenehmigungen nicht nur für den Umgang mit Gefahrstoffen, die auf Bezirksebene ausgestellt waren. Das in der Theorie hervorragende Arbeitsschutzsystem der DDR war durch diese Vorgehensweise praktisch völlig ausgehebelt worden!

Mich hat es besonders betroffen gemacht, dass in einem politischen System, in dem es hieß, dass soziale Gerechtigkeit immer Vorrang habe und in dem man den Kapitalismus wegen seiner angeblich unsozialen Haltung rigoros bekämpfte, auf so brutale Weise die Gesundheit der eigenen Bevölkerung ruiniert wurde.

Anmerkung: Dieser Bericht ist Teil einer umfassenden Darstellung der Gefahrstoffsituation in den neuen Bundesländern, die vom Verfasser auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, des Deutschen Verbindungsausschusses und der Bundesanstalt für Arbeitsschutz (BAU) bereits im Juli 1992 in Dresden öffentlich vorgestellt wurde.³

³ Stefan Dreler: Tagungsbericht: Gefahrenstoffsituation in den neuen Bundesländern, in: Die BG 02 (2011), S. 702 f.

Persönliche Anmerkungen.

Ich habe in meiner Zeit in den neuen Bundesländern, die sicher zu den spannendsten meines Lebens gehört hat, faszinierende Menschen kennengelernt. Wo ich in der chemischen Industrie hinschaute, sah ich zuerst heruntergekommene, vergammelte Anlagen, aber trotzdem blieb der Laden irgendwie am Laufen. Ich erlebte ein mittleres technisches Management, das es „mit „Kaugummi, Tesafilm und Spucke“ und sehr hohem persönlichen Engagement irgendwie schaffte, selbst komplexe Anlagen unter den widrigsten Bedingungen in Betrieb zu halten. Als ehemaliger Betriebsleiter in der chemischen Industrie kann ich diese Leistung durchaus beurteilen. Dass dabei allerdings die Belange von Arbeits- und Umweltschutz völlig vernachlässigt wurden, war die zwangsläufige Konsequenz.

Die bohrende Frage daraus aber war: Wie konnte es dazu kommen? Die technische und chemische Ausbildung der DDR war anerkanntermaßen sehr gut. Ich selbst habe in meinem Chemiestudium zum großen Teil aus Lehrbüchern der DDR gelernt. Vor Ort aber herrschte in der chemischen Industrie Ostdeutschlands oft Chaos. Erste Hinweise dazu bekam ich aus dem obengenannten Bericht der Leunamanager, die offen beklagten, dass sie einen großen Teil ihrer Arbeitszeit mit „gesellschaftspolitischen Fragen und Belehrungen“ verbringen mussten. Und dann wurde es mir ganz klar, in der DDR-Industrie stand an erster Stelle die politische Einstellung! Man konnte fachlich noch so gut sein, die wichtigen Positionen wurden allein nach politischer Zuverlässigkeit vergeben, und diese Leute waren eben oft nicht in der Lage, einen Betrieb wirtschaftlich erfolgreich zu führen.

Eine weitere traurige Erkenntnis gewann ich, als ich mit einem überzeugend auftretenden und auch mich begeisternden Arbeitsschützer in einem ostdeutschen Chemiebetrieb zusammentraf. Ich war fasziniert von seinem Einsatz für eine humane Arbeitswelt. Wir hatten schon mehrere Projekte gemeinsam geplant, als sein Name auf einer Liste mit besonders engagierten Mitarbeitern der Stasi auftauchte, der in übelster Weise Arbeitskollegen ausgehorcht und dann verpiffen hatte ...

Dieser Dämpfer in Sachen Menschenkenntnis war schmerzhaft!